Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Karlsruher Zeitung. 1784-1933
# 1864

31.1.1864 (No. 26)

Visual Library

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 31. Januar.

Nr. 26.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.


Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

## Telegramme.

△ **Breslau,** 30. Jan. Die Eisenbahn-Verwaltungen sind angewiesen worden, Vorbereitungen für eine nochmalige Beförderung von 20,000 Mann österreichischer Truppen zu treffen.

**Wien,** 29. Jan. (W. K.-B.) In der heutigen Unterhaussitzung wurde die gestern abgebrochene Debatte über die Forderung der 10 Millionen fortgesetzt. Baron Tinti bringt einen von achtzig Abgeordneten unterzeichneten motivirten Antrag ein: Das Haus wolle beschließen, über die beantragte Resolution zur Tagesordnung überzugehen. Es sprachen noch die Abgeordneten v. Brints, Hartig und Pratobevera gegen, Rechbauer, Kuranda und Schindler für die Resolution. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

**Hamburg,** 29. Jan. (W. T.-B.) Die Dampfschifffahrt ist wieder eröffnet. Der Feldmarschall v. Wrangel ist heute Vormittag nach Bordesholm (zwischen Neumünster und Kiel) abgereist. Auf nächsten Sonntag sind 10,000 Garden unter dem Kronprinz von Preußen hier angesagt.

**Kiel,** 30. Jan. (W. T.-B.) Gestern Nachmittags war eine Versammlung der Delegirten von ungefähr 50 schleswig-holsteinischen Vereinen, in der das Statut über die Gesammtorganisation angenommen und ein Ausschuß, bestehend aus Wiggers, Graf Reventlow, Römer, Rave, Ahlmann, Spethmann und Bokelmann, gewählt wurde.

† **Kiel,** 30. Jan. Der Herzog Friedrich wird, einer Einladung des Kämmerers v. Buchwald folgend, morgen auf einige Tage nach Neudorf bei Eutin gehen.

**Rendsburg,** 29. Jan., Abends. (W. T.-B.) Die Dänen räumten das Kronwerk, ausgenommen eine kleine Abtheilung, die für den Wachtdienst und für den Zollschutz zurückblieb. Sie ziehen sich überall vom Kanal und der Eiderlinie zurück. General Bülow nimmt sein Quartier vorläufig in Sorgebrück.

†† **Kopenhagen,** 30. Jan. Das heutige „Dagbladet" veröffentlicht den Brief eines hochstehenden dänischgesinnten Schweden, wornach der schwedische Staatsrath bereits zweimal seine Entlassung einreichen wollte, weil der König die Einberufung des Reichsraths zum Behuf der Bewilligung von Mitteln zum Krieg verlange; das ganze schwedische Volk stimme dem Staatsrath bei, nur der König, der Prinz Oskar und etliche junge Leute seien für den Krieg.

Gestern verließ eine größere dänische Truppenmasse die Hauptstadt zur See. Sie wurde von dem König mit einer ermuthigenden Ansprache entlassen.

† * **London,** 30. Jan. Der heutigen „Morn.-Post" zufolge hätten Rußland, Frankreich und Schweden sich geneigt erklärt, dem brittischen Vorschlag auf eine Kollektivanerkennung der Integrität der dänischen Monarchie beizustimmen. Derselbe Vorschlag sei den deutschen Großmächten gemacht worden und sei in Berlin jetzt eine Kabinetsfrage.

**Paris,** 29. Jan. (W. T.-B.) Der Gesetzgeb. Körper hat die Adresse mit 234 gegen 12 Stimmen angenommen.

## Zur Lage.

### III.

Wir haben in einer frühern Nummer unseres Blattes darauf hingewiesen, wie unzweckmäßig und schädlich es ist, vorweg die Konzessionen zu fixiren, welche Deutschland wegen Schleswigs in einem künftigen Arrangement machen könnte. Wir halten dafür, daß die Auskunftsmittel, welche im Fall einer Niederlage, politischer und kriegerischer Aktion, nothwendig werden, füglich dann erst zu erörtern sind, wenn wider Hoffen und Erwarten die Niederlage eingetreten wäre. Diese Anschauung kann uns indeß nicht der Aufgabe entheben, diejenigen Vorschläge referirend vorzuführen und zu beleuchten, welche, im Widerstreit mit unserer Meinung, von anderen Seiten für die Lösung der schleswig-holsteinischen Sache vorgebracht und verfolgt werden.

Diese Forderungen und Vorschläge lassen sich dahin resumiren: 1) Vollständige dynastische Selbständigkeit von ganz Schleswig-Holstein; 2) vollständige dynastische Selbständigkeit der Herzogthümer bis zur Sprachgrenze; 3) vorläufige dynastische Selbständigkeit Holsteins bis zur Eider und Vertagung der Wiedervereinigung mit Schleswig; 4) Personalunion zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein, bis zur Sprachgrenze oder bis zur Königsau, mit oder ohne Eintritt Schleswigs in den Bund; 5) Eroberung von Holstein oder von Holstein und Schleswig durch und für Preußen.

Der letzte Vorschlag bewegt sich noch in der Form des Gerüchts; wir wenden ihm deßhalb keine besondere Beachtung zu und bemerken nur, daß derselbe vom Standpunkt Macchiavellistischer Politik einen preußischen Staatsmann anlächeln könnte, aber der illoyalste von allen ist und zugleich die geringsten Aussichten auf praktischen Erfolg hat.

Die übrigen Vorschläge zerfallen in zwei Klassen, je nachdem sie von dem Recht des Königs Christian oder von dem des Herzogs Friedrich ausgehen, und je nachdem sie die Befriedigung des einen oder des andern zum Ziel haben. Die drei erstgenannten Lösungen verfolgen, mehr oder weniger, das deutsche Recht; im Prinzip erkennen ihre Urheber und Anhänger alle das Recht des Herzogs Friedrich auf das Ganze der beiden Herzogthümer an; nur Rücksichten auf die entgegenstehenden Hindernisse und auf die im Nationalitätsgesetz liegende Billigkeit bewegen sie dazu, vorweg Konzessionen an den Gegner und an Europa anzurathen. Diese Vorschläge, und ihre Nüancen, stehen sich in der That und für die praktische Politik vielleicht nicht so fern, als auf den ersten Blick scheint; sie wollen im Grund das gleiche höhere Ziel des nationalen, auf Legitimität gestützten Rechts und Interesses; die Differenz betrifft vornehmlich den Modus.

Anders ist es mit der Personalunion. Ihre Verfechter stehen auf einem andern Rechtsboden und bewegen sich in einem andern Kreise von Ideen über Ehre und Interessen des Vaterlandes und über das Wohl und Wehe der Herzogthümer. Uns erscheint die Personalunion vom Standpunkte der Legalität und der Nationalität, wie der Interessenpolitik gleich verwerflich. Sie steht in grellem Widerspruch mit allem geschriebenen und natürlichen Rechte, man könnte sagen, sogar mit dem Londoner Protokolle, welches die Integrität einer dänischen Monarchie, aber nicht zwei Monarchien will, wie die reine Personalunion sie schaffen würde. Dieses Mittel verspricht so wenig zukünftiges Gedeihen und trägt den Keim der Zerrüttung so unverkennbar an sich, daß zu seiner Empfehlung oder Beschönigung angeführt wird, die beiden Theile würden gar bald auf einander platzen und sich dann definitiv auch dynastisch trennen. Die kommende Feindschaft der zwei zusammengeschweißten Länder wäre zuzugeben; die Leiden, welche sie dem deutschen Theile bereiten wird, aber könnten noch groß sein, und die Chancen für dessen endliche Befreiung sind nicht vorherzusehen. Es kommen hier zukünftige Machtverhältnisse in Frage, welche außer der Berechnung liegen. Als ein wesentliches Moment, das alle etwa garantirten Paragraphen zu Schanden machen könnte, erscheint uns der Umstand, daß, wie solches in der Regel in der Vergangenheit der Fall war, voraussichtlich die oberste Staatsleitung in die Hände schleswig-holsteinischer Renegaten gelangen würde. Dadurch wird der Schein eines billigen Verhältnisses erzeugt, das System innerlich fauler Zustände genährt, die widernatürliche Vereinigung gestärkt und zugleich gefälscht werden. Auch wir würden dieser freilich keine ewige Dauer zuschreiben, aber auch keine so ephemere Existenz, daß wir die Unerquicklichkeit und die Gefahren derselben für die Herzogthümer gering anschlügen. Daß das Verbleiben Schleswig-Holsteins unter einem dänischen Könige, in irgend welcher Form, dem Rechte und darum der Ehre Deutschlands widerstreitet, ist zur Genüge erwiesen und unter allen Umständen durchschlagender Grund gegen dasselbe.

Was unsere Sache betrifft, so haben wir dieselbe im Früheren klar ausgesprochen: das Erbrecht Herzog Friedrich's erstreckt sich über ganz Holstein und über ganz Schleswig. Dies Recht ist zu fordern, und kein anderes.

Wir halten das Nationalitätsprinzip hoch. Aber auf dasselbe allein sich stützend und nach ihm seine Ansprüche formulirend, hat Deutschland einen, wenn auch moralisch gerechtfertigten, doch von der übrigen Welt nicht gebilligten Eroberungskrieg zu führen. Mag in einem spätern Stadium Schleswig-Holstein die dänisch redenden Landestheile freiwillig entlassen, so ist das keines Dritten Sache. Mag Macht und Gewalt eine Theilung Schleswigs herbeiführen, so ist das Nothwendigkeit, der man sich fügen muß. Voreilig auf Theilungsprojekte eingehen aber ist ein falscher Weg. Ein solches Programm schwächt die Stärke des Legitimitätsrechts, das zugleich die Barrikade der nationalen Wünsche ist; es wird nicht blos zu den vorgeschlagenen, sondern zu weiteren Konzessionen zum Schaden unserer Nationalität führen.

Die uns entgegengehaltene Meinung, daß in England und Frankreich Verständniß für die nationale Freiheit und das Suffrage universel sei, widerlegt unsere Anschauungsweise keineswegs. Nationalitätsrechte allein, ohne den Hinzutritt staatsrechtlicher Ansprüche, zu verlangen, ist auch dort noch nicht Brauch. Je stärker diese anderen Rechtstitel sind, desto eher wird auch das mit ihnen Hand in Hand gehende nationale Interesse dort Anerkennung finden, und keinenfalls können etwaige Beschränkungen des positiven Rechtes eher zur Diskussion kommen, ehe nicht die Garantie für die aufrichtige Durchführung des nationalen Prinzips gegeben worden ist.

Dem Auslande gegenüber nützt uns Bescheidenheit gar wenig; gegen die Feinde im Inlande aber ist unbeirrtes Festhalten an Landes-, Fürsten- und Vertrags- d. h. Bundesrecht doppelt gebotene Pflicht.

Insofern indeß dies Recht verschiedener Natur ist, lassen sich, wie wir öfters hervorgehoben haben, bei seiner Verfolgung auch gesonderte Schritte vornehmen. Und solcher sind wesentlich zwei. Der erste gilt Holstein, der zweite Schleswig. Deutschlands faktische Gewalt und die Autorität des Bundesrechts ist in Betreff des Bundeslandes Holstein so groß, daß es verhältnißmäßig leicht und sicher ist, dieses Herzogthum für immer den Dänen zu entziehen. Die Operation von dort auf Schleswig folgt mit logischer Nothwendigkeit, nicht in unbestimmter Zukunft, sondern in unmittelbarem Anschluß. Wir stimmen deßhalb nicht mit Denen überein, welche sich vorläufig mit dem Besitz Holsteins begnügen wollen und das Weitere unbekannten Ereignissen kommender Tage oder Generationen anheimgeben. Konzentriren wir unsere Kraft auf die Sicherung Holsteins mit dem Gedanken, daß wir von dort Schleswig zu gewinnen haben: der Bund hat zu Beidem Befugniß und Mittel. Oesterreich und Preußen sind im Begriff, den zweiten Schritt eigenmächtig vorweg zu thun: der Bund wird ihnen durch Erledigung des ersten die rechte Direktive geben und den Uebergang zum wahren Ziele noch nachträglich ermöglichen oder erleichtern. Trotz hoher Reden, welche jetzt geführt werden, würde man aus dem großmächtlichen Lager eines Tages Dank dafür hören. Denn vielleicht wird man dort noch einmal die einseitige Politik beklagen und bedauern, daß der Bund dem Vorgehen Oesterreichs und Preußens kein kräftigeres Halt zugerufen hat.

Die Prozedur wegen Holsteins ist darum besonders so stark, weil sie überall keines Kompromisses fähig ist. Für die schleswigsche Frage mag bei ungünstiger Wendung noch kommender Dinge ein solcher in einem spätern Stadium, wie gesagt, nothwendig sein. Wir haben aber die vorgängige Definition desselben wiederholt für unrichtig zu erklären, und wir müssen hiezu noch bemerken, daß für dieselbe überhaupt noch keine genügenden Kriterien vorliegen. Einmal hat die schleswigsche Bevölkerung noch keine Gelegenheit gehabt, frei ihre Wünsche auszusprechen. Nach unsern Nachrichten gehen die Sympathien für Deutschland selbst über die Sprachgrenze hinaus. Wir wollen darauf nicht bauen, jedenfalls ist abzuwarten, ob und wie man in Nordschleswig sich äußern wird. Zweitens ist die Sprachgrenze selbst, da bei dem dänischen Regimente keine genauen Aufnahmen möglich waren, in etwa zweifelhaft: die Dänen ziehen sie südlich von Angeln und Friesland; von oberhalb Schleswig nach Husum; deutsche Forscher legen sie nördlich Flensburg nach Tondern. Die Differenz beträgt ein Viertel von ganz Schleswig und es hätte also der angebliche Kompromiß erst einen Unterkompromiß zur nothwendigen Voraussetzuug.

Ob und welche Transaktion statthaft und nöthig ist, darüber wird schließlich der unberechenbare Erfolg der Waffen entscheiden: ob Schleswig-Holstein und Deutschland eine billige Grenze gewähren kann oder eine schlechte acceptiren muß.

Im Uebrigen aber hindern alle wegen Schleswigs aufzuwerfenden Fragen den Bund nicht, seinerseits den ersten Schritt zu thun und Holstein seinem rechtmäßigen Fürsten zurückzugeben. Ebensowenig hindert ihn daran der Anfang und Fortgang der von Oesterreich und Preußen als Großmächte unternommenen Aktion. Im Gegentheil wird er für dieselbe nur ein heilsames Korrektiv werden. Wir beharren deßhalb bei dem leitenden Satze, daß der Bund den Herzog Friedrich anzuerkennen und daß Deutschland, darneben und darnach, für Schleswig mit dem vollen Umfange aller Rechte Holsteins auf dasselbe einzutreten habe.

## Deutschland.

**Karlsruhe,** 29. Jan. Zeitungsnachrichten zufolge sollen europäische Mächte in Berlin und Wien ein dänisches Ersuchen um sechswöchentlichen Aufschub des Eiderübergangs befürwortet, aber abschlägliche Antwort erhalten haben. Als Grund derselben soll angegeben sein: die Stimmung in Deutschland verlange einen sofortigen Einmarsch. Die Thatsache des Versuchs, einen Aufschub zu erlangen, scheint sich zu bestätigen. Der angeblich vorgebrachte Grund der Weigerung aber scheint uns höchst unwahrscheinlich. Die Stimmung Deutschlands verlangte das gänzliche Unterlassen des Einmarsches im jetzigen Stadium, und Oesterreich und Preußen haben bisher aus der öffentlichen Stimme und aus den Noten der Regierungen keine Richtschnur ihres Handelns machen wollen. Nachdem die großmächtlichen Kabinette einmal den Entschluß zur Okkupirung Schleswigs gefaßt und trotz Bundesbeschlusses die Ausführung eingeleitet haben, stehen ihnen andere Gründe für unaufgeschobenes Vorgehen zur Verfügung. Die in der verlangten Frist beabsichtigte Berufung des neuen Reichsraths würde eben die weitere und rechte Besiegelung der Inkorporation Schleswigs sein, welche die deutschen Großmächte — gleichviel zu welchem Ende — hindern wollen.

**Darmstadt,** 28. Jan. (H. L.-Z.) Das Kriegsministerium hat unterm 25. auf das Gesuch des hiesigen Hilfsausschusses um Waffen für die Freiwilligen folgende Antwort gegeben:

Nach stattgefundenem Einvernehmen mit dem großh. Ministerium des großh. Hauses und des Aeußern, sowie des Innern benachrichtigen wir Sie auf das Gesuch vom 15., daß dasselbe erst dann in Erwägung gezogen werden kann, wenn die Anerkennung des Prinzen von

Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein durch den Deutschen Bund erfolgt sein wird.

**Hanau,** 28. Jan. (Fr. J.) Gestern Abend fand hier eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt, um Bericht über die bisherige Thätigkeit des hiesigen Schleswig-Holstein-Komitee's entgegenzunehmen. Besonderes Interesse erregten die Mittheilungen über die am nächsten Sonntag stattfindende größere Versammlung Abgeordneter aller hessischen Schleswig-Holstein-Komitees zu Kassel. Von der Berufung einer Landesversammlung zu gleichzeitiger Besprechung der Landesangelegenheiten, wie man Anfangs von hier aus gewünscht, wurde Abstand genommen.

**Kassel,** 27. Jan. Auf den Antrag des bleibenden Ständeausschusses vom 17. d. M. wegen Wiedereinberufung des Landtags ist folgende Antwort erfolgt:

Dem bleibenden landständischen Ausschuß wird auf das Schreiben vom 17. d. M., betreffend die Wiedereinberufung der Ständeversammlung, Folgendes erwiedert: Gewiß hat die allgemeine Theilnahme, welche die Verletzung der Rechte der Herzogthümer Schleswig-Holstein in ganz Deutschland und namentlich auch in Kurhessen hervorgerufen, ihre Berechtigung. Das hat die kurhessische Regierung bereits in ihrer Eröffnungsrede anerkannt, und es liegen keinerlei Momente vor, welche Zweifel entstehen lassen könnten, daß die Regierung diese ihre Ansicht geändert habe. Es hat ihr bei ihrer Entschließung in der Bundestags-Sitzung vom 14. d. M. vor allen Dingen darauf ankommen müssen, die Bewohner Schleswigs, gleichwie dies bei den Holsteinern geschehen, baldmöglichst von dem Druck der dänischen Herrschaft in einer Weise zu befreien, welche eine Spaltung im Innern Deutschlands zu verhüten geeignet erscheint. Ihren deutschen Standpunkt hat sie dabei durch den ausdrücklich gemachten Vorbehalt der Erbfolge-Frage gewahrt. Auf die schleunige Entscheidung dieser Frage zu dringen und dabei mit allen ihr zu Gebot stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß diese Entscheidung dem Recht sein volles Genüge thue, das hält die Regierung bei der dermaligen Lage der Sache für das allein Mögliche, und deßhalb kann sie in der Lage der schleswig-holsteinischen Angelegenheit keine Veranlassung finden, um den Beirath der Stände zu hören. Sollten indessen Verhältnisse eintreten, welche die verfassungsmäßige Mitwirkung der Landstände wünschenswerth erscheinen lassen würden, so wird die Regierung nicht anstehen, die alsbaldige Wiedereinberufung der Landstände zu verfügen. — Kassel, 23. Jan. 1864. Kurfürstl. Ministerium des Innern. (gez.) v. Stiernberg.

**Hamburg,** 28. Jan. (Fr. J.) In der gestrigen Bürgerschaftssitzung gelangte der Antrag des Senats, betreffend das Gewerbegesetz und die damit zusammenhängenden Gesetzentwürfe über Staatsangehörigkeit und Bürgerrecht und Entschädigung für Aufhebung der Realgerechtsame zur Diskussion. Der anwesende Senator Dr. Weber erklärte die drei Gesetzentwürfe für ein untheilbares Ganze. Das Gewerbegesetz ist nicht nur nach den Prinzipien der Gewerbefreiheit, sondern auch nach denen der Freizügigkeit ausgearbeitet. Da unsere Zünftler einsehen, daß sie gegen das Prinzip der Gewerbefreiheit nichts mehr ausrichten können, ziehen sie mit aller Macht gegen die Freizügigkeit zu Felde; doch aller Wahrscheinlichkeit nach vergeblich. In der gestrigen Sitzung wurden indessen nur die beiden ersten Paragraphen des Gesetzes über Staatsangehörigkeit und Bürgerrecht berathen, in denen die Bedingungen festgestellt sind, unter denen das Heimathsrecht erworben wird.

**Hamburg,** 29. Jan. „Dagbladet" vom 26. tadelt Monrad wegen der Ernennung Quaade's und Johannsen's, zweier, der gesammtstaatlichen reaktionären Schule angehörigen Männer; dieselben wünschten vor Allem die Herstellung des Gesammtstaates und würden, um diesen zu erreichen, sehr große Opfer bringen. Das Blatt meldet auch, daß der Panzerschooner „Absalon" mit zwei Transportböten nordwärts, die Schraubenfregatte „Heimdal" südwärts abgegangen sind.

**Kiel,** 27. Jan. (Nat.-Ztg.) In Ermanglung von Kavallerie, die Ordonnanzen- und Kurierdienst thun könnte, jagten in vergangener Nacht Staffetten durch unsere Stadt. Sie brachten den einzelnen Bataillonen den Befehl zum Avanciren, und Kiel wird also in den nächsten Tagen größere Truppenbewegungen zu erwarten haben. Der Befehl ist, wie es diese Zeit der Ueberraschungen mit sich bringt, sehr schnell gekommen. — Die Stimmung im dänischen Heer scheint fortwährend ziemlich flau zu sein; die Zahl der fast täglich ankommenden Deserteure ist fortgesetzt im Wachsen.

**Von der Eider,** 27. Jan. (Nat.-Ztg.) In Betreff der preußischen Truppenaufstellung ist bereits bekannt, daß die 6. Division (Brandenburg) den rechten, die 13. Division (Westphalen) den linken Flügel bildet. Die gesammte Vorhut des rechten Flügels wird der Kommandeur der 6. Kavalleriebrigade, Oberst Flies, kommandiren. Unter ihm kommandiren der Oberstleutnant v. Hartmann (Kommandeur des 7. brandenburgischen Infanterieregiments Nr. 60) die Infanterie (wie es heißt sechs Bataillone), der Oberst Graf v. d. Gröben, Kommandeur des brandenburgischen Husarenregiments Nr. 3, die gesammte Kavallerie der Vorhut.

**Berlin,** 28. Jan. Der Kronprinz wird in Folge der neuerdings getroffenen Bestimmungen erst am Samstag Abend in das Hauptquartier des Feldmarschalls v. Wrangel nach Hamburg abreisen. — Die neulich auf Beschluß des Abgeordnetenhauses aus ihrer Untersuchungshaft entlassenen polnischen Abgeordneten haben bis auf einen vor dem Schluß des Abgeordnetenhauses Urlaub genommen. Letzterer wurde noch am 25. Nachmittags wieder zur Untersuchungshaft eingezogen. — Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt:

Der Bericht des Hrn. v. d. Pfordten in der schleswig-holsteinischen Erbfolge-Frage ist vollendet und wird wahrscheinlich heute der Bundesversammlung vorgelegt worden sein. In demselben wird im Einverständniß mit Sachsen und Württemberg die Thronfolge in Schleswig-Holstein dem Herzog von Augustenburg, die in Lauenburg dem dänischen Königshause zugesprochen.

Die hiesige „Börsenztg." unterhält ihre Leser täglich mit neuen Nachrichten über die vermeintlichen Absichten und Kombinationen der Regierung zur Beschaffung von Geldmitteln. Bald behauptet sie, daß die Regierung sich mit hiesigen oder auswärtigen Bankiers in Verbindung gesetzt habe, bald sollen gewisse Operationen zwischen der Seehandlung und der Bank beabsichtigt sein. Wir können auf Grund zuverlässigster Mittheilung erklären, daß sämmliche Angaben des industriösen Blattes ohne Ausnahme auf müßiger Erfindung beruhen.

Es bestätigt sich, daß Frankreich die zuwartende Stellung, die es der brennenden Tagesfrage gegenüber einnehmen zu wollen schien, aufgegeben hat. Hr. Drouyn de Lhuys unterstützt bei den deutschen Großmächten die Forderung einer Frist, welche England für Dänemark auszuwirken sucht. Zwar ist das Ansuchen nicht in der Form von Noten oder dergleichen gestellt, wie die Zeitungen es vorauszusetzen schienen, sondern nur als vertrauliche Mittheilung; aber das Pariser Kabinet ist damit aus seiner bisherigen Passivität herausgetreten und betrachtet wie England die Angelegenheit als eine internationale, welcher es nicht interesselos zusehen kann.

◇ **Berlin,** 29. Jan. Wie verlautet, werden die zu einer kombinirten Garde-Infanteriedivision vereinigten vier neuen Garde-Infanterieregimenter in den nächsten Tagen ihre Kantonnirungsquartiere in der Mark verlassen, um mittelst der Eisenbahn über Hamburg nach der schleswigschen Grenze vorzurücken. — Se. Maj. der König begab sich heute Morgen in Begleitung des Kronprinzen und des Prinzen Karl nach Spandau und besichtigte daselbst das 4. Garderegiment z. F. aus Anlaß seines nahe bevorstehenden Abmarsches nach Holstein. Nach der Besichtigung richtete Höchstderselbe an das Offizierkorps des Regiments eine kurze Ansprache. Nachmittags hielt der König ein Kabinetsconseil ab, welchem der Kronprinz beiwohnte. Den Hauptberathungsgegenstand in diesem Conseil soll die schleswigsche Frage gebildet haben. Alle Anzeichen lassen entnehmen, daß die Expedition nach Schleswig keinen Aufschub erfahren werde.

Die „Kreuz-Ztg." bringt heute folgenden Artikel:

Wie man uns aus Stockholm unter dem 22. d. M. schreibt, gewinnt in Schweden die Ueberzeugung immer mehr Oberhand, daß Dänemark nicht nur durch die rabulistische Auslegung der Vereinbarungen von 1851 und 1852, sondern auch durch den letzten Bruch derselben in Folge der Einführung der November-Verfassung die Okkupation Schleswigs durch die Truppen der deutschen Großmächte verdient habe. Wenn Schweden rüstet, so geschieht dies doch höchstens in der Absicht, bei günstiger Gelegenheit eine Gebietserweiterung zu erlangen, aber an einen Vertrag mit Dänemark zur Aufrechthaltung des dänischen Gesammtstaats denkt wohl nur eine kleine Partei, von welcher auch unermüdlich das Gerücht verbreitet wird, daß ein Vertrag mit Dänemark zum Schutz gegen Deutschland bereits abgeschlossen sei. Unser Korrespondent stellt gerade diesen Punkt aus einer guten Quelle ganz entschieden in Abrede.

**Wien,** 27. Jan. Die „Presse" knüpft an die Nachrichten von dem neuesten Vermittlungsversuch Englands und Frankreichs, denen zufolge beide Mächte die Besetzung Schleswigs durch österreichische und preußische Truppen für dazu angethan hielten, die schleswig-holsteinische Frage in eine europäische Frage zu verwandeln, folgende Bemerkungen an:

Sind die Nachrichten über die neueste Haltung Frankreichs und Englands genau, dann ergeben sich daraus für die Voraussicht und Besonnenheit der verbündeten österreichisch-preußischen Diplomatie höchst bedenkliche Konsequenzen. Die Annahme, daß die am 14. d. in Frankfurt abgegebene österreichisch-preußische Erklärung, daß die Kabinette von Wien und Berlin sich nicht majorisiren lassen und nun auf eigene Faust Schleswig besetzen werden, im stillen Einverständniß mit Frankreich, England und Rußland geschehen, erwiese sich dann als unbegründet, und eine Aktion, welche begonnen wurde, um europäische Verwicklungen zu verhindern, würde schließlich den europäischen Konflikt heraufbeschwören, den man dadurch unmöglich zu machen sich vermaß. Man hätte den Deutschen Bund annullirt, die ganze deutsche Nation, so weit sie ihre Meinung kundgibt, vor den Kopf gestoßen, und den eigentlichen Zweck doch nicht erreicht; denn die nichtdeutschen Großmächte erblicken auch in der Inpfandnahme Schleswigs, unter welchem Vorwand immer sie vollzogen wird, eine Bedrohung der Integrität der dänischen Monarchie. Da meinen wir denn doch, daß es klüger gewesen wäre, sich in Frankfurt majorisiren zu lassen und Schleswig als Pfand für den Bund zu besetzen, anstatt durch Hervorkehrung des Großmachts-Standpunktes der Intervention des Auslandes die Handhabe zu bieten, die ihr bis dahin gefehlt hatte. Da wäre es doch zweckmäßiger gewesen, sich die Sympathien Deutschlands und der Schleswig-Holsteiner nicht zu entfremden, mit denen im Bund Deutschland so stark und mächtig dastünde, daß Niemand es wagen würde, sich unberufen einzumengen; denn wer kann es sich verhehlen, daß es die in Deutschland neuerdings zu Tage getretene Zerrissenheit ist, welche Frankreich, England und Rußland ermuthigt, aus der österreichisch-preußischen Expedition zur Besetzung Schleswigs Kapital für Dänemark zu machen.

**Wien,** 27. Jan. Man schreibt der „Köln. Ztg.":

Gestern hatten Lord Blomfield und der Herzog von Grammont nach einander längere Unterredungen mit dem Grafen Rechberg, um ihn zu bewegen, dem dänischen Antrage vom 18. Jan. auf Bewilligung einer sechswöchentlichen Frist zur verfassungsmäßigen Ausführung der in der Sommation gestellten Forderungen Gehör zu schenken, oder wenigstens zu versprechen, hierüber mit Hrn. v. Bismarck zu verhandeln. Aber weder die überaus warme und der österreichischen Politik in der schwebenden Frage die größten Komplimente zollende Beredsamkeit Grammont's, noch die entschiedenere Sprache, welche Blomfield führte, und die mit Hinweisungen auf die Nothwendigkeit einer Flottendemonstration, auf die festen Entschlüsse Lord Palmerston's u. s. w. verbrämt war, vermochten die Position zu erschüttern, welche Graf Rechberg eingenommen hatte. Diese Position drängt sich in folgender Weise auf: Auf keinen Fall können Oesterreich und Preußen mehr zurück und ihr Aufmarsch an der Eider muß möglichst rasch zu einem fait accompli gemacht werden. (Das gaben auch bereitwillig beide Diplomaten zu.) Was die dänische Regierung thun kann und thun muß, das ist lediglich ihre Sache. Jedenfalls hat sie die Zeit bis Mitte Februar vor sich. Möge sie diese Frist benützen und möge sie sich in die Lage versetzen, unser Ultimatum, welches etwa am 10. Februar in ihre Hände gelangen wird, in einer Weise zu beantworten, die uns nicht nöthigt, vorwärts zu gehen. Was geschehen werde, wenn die Dänen aus dem Einmarsch in Schleswig einen Casus belli machen würden, diese Frage, die natürlich nicht gestern zum ersten Male gestellt wurde, ließ Graf Rechberg unerörtert; denn, meint er, über einen solchen Fall ließe sich im voraus gar Nichts bestimmen. Der preußischen Depesche an die deutschen Regierungen, von welcher Hr. v. Bismarck in der Kammersitzung vom 21. Januar sprach, ist gestern erst eine österreichische gefolgt. Sie ist keineswegs identisch mit der preußischen.

**Vaduz,** 10. Jan. (In-Ztg.) In der Sitzung des liechtensteinischen Landtags vom 7. d. M. verlas der Abg. Kirchthaler eine Interpellation des Inhalts: „Die fürstliche Regierung wolle Auskunft ertheilen, in welchem Sinne der Bundestags-Gesandte in der Sitzung vom 7. Dez. gestimmt habe und was sie, die fürstl. Regierung, zur Geltendmachung der alten verbrieften Rechte der Herzogthümer zu thun entschlossen sei?" Der Abg. Keßler stellte nach kurzer Begründung den Antrag auf Erlaß einer Adresse an den Fürsten. Die seither beschlossene Adresse lautet:

Durchlauchtigster Fürst! Gnädigster Fürst und Herr! Die Personalunion, durch welche die Herzogthümer Schleswig-Holstein mit Dänemark verbunden waren, hat mit dem Tode des Königs Friedrich VII. aufgehört. In den staatsrechtlich unzertrennbaren Herzogthümern ist nach altem Recht der Prinz Friedrich von Augustenburg zur Erbfolge berufen. Der Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 konnte an der Thronfolge Schleswig-Holsteins nichts ändern, da er ohne Zustimmung der berechtigten Agnaten, der verfassungsmäßigen Landesvertretung und des Deutschen Bundes abgeschlossen wurde. Das Londoner Protokoll hat nach der Ansicht der anerkanntesten Rechtsautoritäten keine rechtliche Geltung. Die ganze deutsche Nation ist von dieser Ueberzeugung durchdrungen. Kein legitimer Fürst kann zugeben, daß das verbrieste Recht des Herzogs Friedrich von Augustenburg unterdrückt werde. Durchlauchtigster Fürst! Auch die Landesvertretung des Fürstenthums ist von dem Rechte Schleswig-Holsteins und des Prinzen von Augustenburg überzeugt und hält es für Pflicht, Ew. Durchlaucht die treuergebenste Bitte auszusprechen, daß der Bundestags-Gesandte dahin instruirt werde, bei der am Bundestag bevorstehenden Abstimmung über die Erbfolge-Frage in Schleswig-Holstein die Stimme für das Recht des Herzogs Friedrich VIII. abzugeben. In tiefster Ehrfurcht Ew. Durchlaucht treugehorsamste Landesvertretung.

## Frankreich.

**Von der französischen Grenze,** 28. Jan. (Köln. Ztg.) Hr. Thouvenel äußerte gegen einen angesehenen Finanzmann in Paris: „Ich sehe einen Beweis, daß der Kaiser den Krieg wünscht, in dem Umstande seiner so entschiedenen Zurückweisung der englischen Vorschläge. Wenn er den Frieden gewollt hätte, würde er sich mit England und Rußland vereinigt haben, um den deutschen Großmächten zu imponiren." Diese Aussage des ehemaligen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten verdient jedenfalls bemerkt zu werden. Einem andern Briefe aus Paris entnehme ich folgende Stelle: „Der Weigerung des Kaisers, sich Englands kriegslustigen Anträgen beizugesellen, wird eine doppelte Absicht zugeschrieben. Frankreich sagt sich nämlich, daß entweder England auf eigene Faust den Dänen zu Hilfe kommt, und dann läßt man den kriegerischen Ereignissen ihren Lauf, bis sie so weit gediehen sind, um Frankreich eine erfolgreiche Einmischung zu gestatten; oder England schreckt vor der Verantwortlichkeit eines Krieges zurück, dann wird Lord Russell zurücktreten, und die (man vergesse das ja nicht) von Frankreich niemals aufgegebenen Kongreßbestrebungen gewinnen neue Chancen." Im Allgemeinen glaubt man seit Anfang dieser Woche mehr an einen kriegerischen Ausgang und trägt dabei namentlich Preußens Entschlüssen Rechnung. Die französische Regierung ist noch immer im Unklaren, ob sie, dem Drucke der öffentlichen Meinung nachgebend, sich auf Reformen im Innern einlassen oder abermals auf Kriegsunternehmungen ihre Hoffnungen bauen soll.

♁ **Paris,** 29. Jan. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers, wo der Paragraph über Polen zur Verhandlung kam, hielt Hr. Pelletan eine äußerst heftige Rede, worin er sich gegen den Zaaren und andere Souveräne sehr unparlamentarisch auszudrücken erlaubte.

Der Präsident des Hauses und der Kommission antwortete energisch auf diese Ausfälle. Er bemerkte u. A.:

Es sei gegen die Würde der französischen Kammer, einen auswärtigen Souverän in solcher Weise zu behandeln. Pelletan kenne weder Rußland noch den Zaaren. Morny kennt Beide besser und zollt namentlich der Persönlichkeit Alexander's die größte Achtung; derselbe sei ein trefflicher, liberaler Mann, dem die Vorfälle in Polen näher gingen, als irgend Jemand, und dessen hoher Freisinn sich durch die Emanzipation der Leibeigenen glänzend bewährt habe. Was Rußland anbelange, so sei dies, mehr als irgend ein anderer europäischer Staat, durch und durch ein demokratisches Land. Vor kurzem sei es noch ein demokratischer Feudalstaat gewesen, heute sei nur noch die Demokratie übrig.

Mit Polen gehe es, wie in der Kammer selbst mit der Freiheit. Alle seien im Prinzip für die Freiheit; sie seien nur verschiedener Ansicht über die Zeit und die Art und Weise ihrer Einführung.

Nach reiflicher Erwägung der Lage in Europa, der Beziehungen Frankreichs zu Rußland, Preußen, Oesterreich, England, nach genauer Inbetrachtnahme der gegenwärtigen Beziehungen dieser Mächte zu einander, hat sich die Kommission für den Frieden entschieden. Man muß logisch sein. Die Entscheidung im Sinn des Friedens führt zu guten Beziehungen mit Rußland, im Interesse der Polen selbst, für welche die Kommission eben so viel Sympathie, wie irgend Jemand empfindet, — ich sage sogar hauptsächlich im Interesse Polens. Die Kommission ist der Ansicht, daß der Frieden vielleicht für die Zukunft die größten Vortheile gewähren könne. Er ist der Wunsch des ganzen Landes, das einzige Mittel, um für die Polen vielleicht eine wirkliche Erleichterung zu erlangen. Denn den Aufstand ermuthigen, heißt ihn dem Tod, dem Untergang weihen. (Sehr wahr!) So wie Sie aber nicht entschlossen sind, die Polen zu unterstützen, so müssen Sie im Gegentheil es ihnen offen erklären. Man darf diesen Unglücklichen, im Interesse der öffentlichen und der politischen Moral wie der Wahrheit, keine trügerische Aufmunterung zu Theil werden lassen; andernfalls wird diese Aufmunterung Sie unaufhaltsam zum Kriege führen. Die Ansichten der Kammer haben sich in dieser Beziehung zu bestimmt ausgesprochen, als daß hierüber noch ein Zweifel herrschen könnte, und indem Sie die Amendements nicht annehmen, lassen Sie auch bei Niemanden die geringste Illusion hierüber bestehen. (Zeichen zahlreicher Zustimmung.)

Obgleich England sich den Anschein gibt, es mit seinen

Kriegsdrohungen wegen Schleswigs ernstlich zu meinen, glaubt man hier dennoch nicht an eine wirkliche Intervention von seiner Seite. Uebrigens haben die preußischen Gesandten in Paris und London von Seite ihrer Regierung die beruhigendsten Erklärungen über die Absichten Preußens bezüglich der Okkupation Schleswigs gegeben. Hier soll Hr. v. d. Goltz erklärt haben, daß Preußen und Oesterreich durchaus nicht beabsichtigen, die Integrität der dänischen Monarchie zu verletzen, sondern nur sich eines Unterpfands zu bemächtigen, um Dänemark zu zwingen, seinen Verpflichtungen von 1852 nachzukommen.

Eine Depesche aus Mexiko über Southampton meldet, daß General Marquez die Armee des Juarez vollständig schlug und der Präsident, nur von 3 Personen begleitet, entkam.

Rente wich heute, ohne Geschäft, auf 66.35, Cred. Mob. auf 1017. Die Dividendecoupons sind zu 85 Fr. ausgeboten. Ital. Anl. schwach zu 68.45.

## Rußland und Polen.

Der „Ostsee-Ztg." wird unter dem 25. Jan. geschrieben: Die revolutionäre Regierung kündigt durch Tagesbefehl vom 20. d. M. zum 1. Febr. das Ende des Winterfeldzugs an und fordert die Kommandeure und Abtheilungsführer auf, ihre theils auf Urlaub entlassenen, theils auf den Gütern einquartierten Mannschaften bis zu jenem Tage um sich zu sammeln und mit gestärkten Kräften den Kampf gegen Rußland wieder zu beginnen. Dieser Befehl hat auf allen Punkten der Insurrektion wieder ein reges Leben hervorgerufen und an der galizischen, posenschen und weßpreußischen Grenze werden die Arbeiten zur Organisirung und Ausrüstung neuer Abtheilungen mit verdoppeltem Eifer betrieben. In Galizien haben in den letzten 14 Tagen bereits mehrere neugebildete Abtheilungen die Grenze überschritten und andere, die noch in der Bildung begriffen sind, werden bis zum 1. Febr. nachrücken. Daß auch die Waffen- und Munitionssendungen nach der polnischen Grenze wieder stärker gehen, beweist der Umstand, daß in den letzten 14 Tagen in Galizien mehrere bedeutende Waffen- und Munitionstransporte aufgefangen und in Beschlag genommen worden sind. Die revolutionäre Regierung hat die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es ihr diesmal gelingen werde, die Bauern zum Aufstande gegen Rußland zu bewegen. Sie hat zu diesem Zweck unterm 26. Dez. v. J. in polnischer, lithauischer und kleinrussischer Sprache einen Aufruf an die Bauern in allen der russischen Herrschaft unterworfenen ehemals polnischen Landestheilen erlassen, worin sie denselben das Versprechen der völligen Emanzipation und Eigenthumsverleihung feierlich wiederholt und sie auffordert, in Gemeinschaft mit dem Adel zum Sturze der russischen Herrschaft, die auf allen Ständen gleich schwer laste, die Waffen zu ergreifen. Der Aufruf ist in hohe Begeisterung athmender und dabei populärer Sprache verfaßt; sein Erfolg dürfte aber dennoch an dem tief eingewurzelten Widerwillen der polnischen Bauern gegen den Adel scheitern.

**Von der polnischen Grenze,** 26. Jan. (Fr. P.-Ztg.) Im Königreich Polen, wo die Ruhe fast ganz hergestellt schien, beginnt wider Erwarten der Kampf aufs neue. Wenige Tage mildern Wetters haben hingereicht, um den Aufstand neu zu beleben und neue kampflustige Insurgentenhaufen ins Feld zu rufen. Im Süden und Norden, überall zeigen sich wieder, wenn auch vor der Hand nur kleine Scharen von Aufständischen; ja, von der Warschau-Krakauer Eisenbahn sind an drei Stellen die Schienen abgerissen, um das Heranziehen russischer Truppen zu verhindern. Aus Lithauen erfahren wir heute, daß dort schon wieder drei verschiedene Insurgentenkorps, jedes einige Hundert Köpfe stark, sich gebildet haben, und auch in den Kreisen Augustowo und Plozk, wo angeblich die Ordnung ganz hergestellt war, sind wieder Insurgenten-Reiterscharen aufgetaucht. Ob es den Russen gelingen wird, sie zu vernichten, bevor sie bedeutend anwachsen, ist jetzt die große Frage; vermögen sie dies nicht, so steht ein neuer blutiger Feldzug bevor.

## Großbritannien.

* **London,** 28. Jan. Wenn man „Morn. Post" und „Daily News" glauben darf, so hätte die Regierung kriegerische Demonstrationen zur Unterstützung Dänemarks gegen Oesterreich und Preußen angeordnet. Die „Times" erwähnt, sei es zufällig oder aus Vorsicht, von diesem Gerücht oder dieser Thatsache nichts. Nach dem „Daily Telegraph" hat die Regierung aus Paris die Anzeige erhalten, daß Frankreich vor der Hand zu einer aktiven Kooperation sich nicht bewogen fühle.

„Daily News" sagt in einer halbamtlich aussehenden Notiz: Dem Vernehmen nach hat die brittische Regierung es für wünschenswerth erachtet, ihren Vorstellungen gegen den muthwilligen und ungerechten Einbruch (invasion) in Dänemark Nachdruck zu geben, und um für den Fall, daß ihre äußersten, zur Erhaltung des Friedens gemachten Anstrengungen scheitern sollten, ihre Verbindlichkeiten erfüllen zu können, den Entschluß gefaßt, zwischen 20,000 und 30,000 Mann auf den Kriegsfuß zu stellen, damit sie in Bereitschaft sei, ihre Politik zu Wasser und auch zu Lande zu unterstützen. Die vor einigen Tagen heimbeorderte Kanalflotte ist, wie man hört, jetzt in Spithead fällig. Es ist zu hoffen, daß diese für jeden möglichen Fall berechneten Vorsichtsmaßregeln die Wirkung haben werden, die in der jetzigen Lage Europa's enthaltene Gefahr eher zu vermindern, also zu erhöhen.

Die „Post" sagt:

Die Kanalflotte ist heimberufen, um Befehle zum Absegeln zu erwarten. Die Generalität (Horse Guards) ist in Thätigkeit. Artillerie ist zum Dienst entsandt und die Flotten- und Armeebehörden sind mit Anfertigung von Panzerschiffen und Armstrongkanonen beschäftigt. Man spricht von einem Offizier, der sich im Krimmkrieg einen guten Namen gemacht hat, als dem Kommandanten einer möglicher Weise bevorstehenden Expedition, für welche mehrere Regimenter sich in Bereitschaft halten sollen. Wenn wir auf die Landkarte blicken, so sehen wir, daß Dänemark nicht fern von England liegt. Der Transport ist leicht, und Helgoland bildet eine sehr mächtige und brauchbare Operationsbasis. Die Deutschen werden bald finden, daß es uns Ernst ist, während wir noch immer schwer glauben können, daß sie es ernst meinen. Sie werden klug daran thun, wenn sie bei Zeiten an die Realität der Feindseligkeit glauben, die sie gegen sich heraufbeschwören. Es gibt einen Punkt, wo es nicht mehr gefahrlos ist, den Eisenfresser zu spielen... Hr. v. Bismarck glaubt, daß er durch einen Krieg mit Dänemark den Vertrag von 1852 los wird, weil der Krieg allen Verträgen ein Ende macht; aber diese Konvention wurde auch von andern Mächten unterzeichnet und die Kriegserklärung gegen das skandinavische Königreich läßt das Dokument, so weit es die andern Unterzeichner betrifft, in voller Kraft fortbestehen (!) Wir denken immer noch, daß Oesterreich und Preußen, so sehr sie das Gegentheil betheuern, zu unserer Meinung und unserer Praxis sich bekehren werden u. s. w.

Wir kommen jetzt zur Mittheilung des „Daily Telegraph": Gestern Abend ist aus Paris eine Nachricht eingetroffen, die der schleswig-holsteinischen Verwicklung eine neue Wendung gibt. In Folge von Mittheilungen, die von unserer Regierung ausgingen und nicht ausschließlich an Frankreich gerichtet waren, entstand die Frage, ob die nichtdeutschen Regierungen bereit seien, aktive Maßregeln zu ergreifen, um die Stellung Dänemarks, nöthigenfalls mit den Waffen, zu vertheidigen. Die Antwort der französischen Regierung lautet nun im Wesentlichen dahin, daß sie vor der Hand nicht bereit ist, sich endgiltig zu einer Politik der Art zu verpflichten. Ungeachtet dieser anscheinend friedliebenden Entschließung wird man bemerken, daß diese Antwort nicht geeignet ist, die dem Frieden günstigen Einflüsse zu kräftigen. Unser mächtiger Nachbar begnügt sich für den Augenblick, an einer abwartenden Politik festzuhalten. Gleichzeitig erfahren wir, daß die deutschen Mächte ernstlicher als jemals die Versicherung wiederholen, daß ihr fern liegender und Hauptzweck der Frieden sei. Ungeachtet mancher Zweifel an der abstrakten Gerechtigkeit oder Weisheit der i. J. 1852 getroffenen Anordnung halten sie am Londoner Vertrage fest; und mit Nachdruck beharren sie in der Vorstellung, daß sie, obgleich durch die Umstände gezwungen, in Schleswig einzurücken, dies nur thun, um gerade die Bedingungen, die man beim Abschluß des Vertrages von 1852 im Auge gehabt hat, zur Geltung zu bringen. Wenn sie irgend eine greifbare Bürgschaft dafür hätten, daß Dänemark sein Versprechen, die November-Verfassung abzuschaffen, halten werde, so würde die ganze Frage zu Boden fallen und von einer Anrufung der Waffen nicht mehr die Rede sein. Wir brauchen die Mängel dieser Darstellung nicht hervorzuheben; aber während sie ohne Zweifel in gewissen Kreisen nicht verfehlt hat, in's Gewicht zu fallen, läßt sie uns noch einen Hoffnungsschimmer, daß die schlimmste Gefahr selbst nach der elften Stunde noch auf die eine oder die andere Art vermieden werden wird.

Der Pariser Korrespondent des „Herald" schreibt: Ich bemerke, daß einige Ihrer Kollegen sich einer merkwürdigen Täuschung hingeben und eine englisch-französisch-russisch-schwedische Konvention zum Schutze Dänemarks für wahrscheinlich halten. So weit es auf Frankreich und Rußland ankommt, haben sie die Rechnung ohne den Wirth gemacht.

Zu den Parlamentsmitgliedern, die sich vor ihren Wählern gegen eine englische Einmischung in den deutsch-dänischen Streit ausgesprochen haben, gehört auch Hr. Claid, der liberale Vertreter von Stirling.

## Baden.

Karlsruhe, 30. Jan. Dem Vernehmen nach ist von der evangel. Geistlichkeit unserer Stadt an die theol. Fakultät und die Geistlichkeit Kiels aus Veranlassung ihres Aufrufs vom 25. d. M. eine Zuschrift beschlossen worden, zu deren Mitunterzeichnung die übrigen ev. Geistlichen des Landes eingeladen werden sollen. Wir werden vielleicht in der Lage sein, in unserer nächsten Nummer das Nähere mittheilen zu können.

## Vermischte Nachrichten.

— Mit dem 1. Mai d. J. wird der Tenorist Hr. Theodor Formes am Berliner Hoftheater in Pensionsstand treten.

## Schleswig-Holstein.

I. Siebente Veröffentlichung des Kassenbestandes der freiwilligen, unbedingten patriotischen Gaben.

Einnahme.

| 1864 | | fl. | kr. |
|---|---|---|---|
| 24. Jan. | Sendung vom Bezirksausschuß Emmendingen fl. 200. — kr. Darunter 1 österr. National-Coup. zu 2 fl. 30 kr., welcher à 3 fl. gerechnet war statt 2 fl. 48 kr., Differenz . . —. 12 „ | 199. | 48 |
| „ „ „ | vom Bezirksausschuß Kenzingen, und zwar: „ Ortsausschuß Herbolzheim fl. 124. 49 kr. „ „ Weisweil . „ 110. 42 „ „ „ Niederhausen „ 25. 12 „ | 260. | 43 |
| 25. „ „ | vom Bezirksausschuß Rheinbischofsheim | 124. | — |
| „ „ „ | von Bühl mit der Bezeichnung „von der wirklichen Fortschrittspartei in Bühl" | 112. | 28 |
| „ „ „ | vom Bezirksausschuß Bretten . . . . | 200. | — |
| „ „ „ | von Zell am Hammersbach, und zwar: von der Stadtgemeinde Zell fl. 284. 25 kr. darunter fl. 46. 40 kr. für vertriebene schleswig-holstein. Beamte von der Gemeinde Nordrach „ 20. — „ | 304. | 25 |
| „ „ „ | von dem Bezirksausschuß Sinsheim, Stadt Sinsheim . . . fl. 55. — kr. Gemeinde Zuzenhausen . „ 52. 32 „ | 107. | 32 |
| „ „ „ | vom Bezirksausschuß Mosbach . . . | 400. | — |
| 26. „ „ | „ „ Lörrach . . . | 500. | — |
| „ „ „ | „ „ Engen . . . . | 300. | — |
| 27. „ „ | vom Liederkranz in Rüppurr . . . . | 16. | — |
| „ „ „ | „ Bez.-Ausch. Stühlingen fl. 200. — kr. darunt. eine franz. Banknote von 200 Fr., welche 93⅓ gerechnet war, statt 92¾. Differ. 35 kr. und 1 Konventionsthlr. à fl. 2. 24 kr., welcher à fl. 2. 42 kr. gerechn. war, 18 kr. 53 kr. | 199. | 7 |
| 27. Jan. | Sendung durch Hrn. Pfarrer Euler von der Gemeinde Bobstadt . . . . fl. 20. — kr. durch denselben Erlös von 60 Schl.-H.-Büchlein . . . „ 2. — „ | 22. | — |
| 28. „ „ | Bezirksausschuß Adelsheim . . . . . | 600. | — |
| 29. „ „ | „ „ Sinsheim, u. zwar: Sammlung von Frauen und Jungfrauen in Sinsheim fl. 18. 49 kr. Sammlung von der Gemeinde Steinsfurt . „ 33. 45 „ | 52. | 34 |
| „ „ „ | „ Bezirksausschuß Oberkirch . . . | 600. | — |
| „ „ „ | „ „ Ladenburg aus 10 Gemeinden des Amtsbezirks Ladenburg, darunter fl. 429 Erlös aus einer von Ladenburger Damen veranstalteten Lotterie . . . . . | 1,093. | — |
| „ „ „ | „ Bezirksausschuß Philippsburg aus 10 Gemeinden des Amtsbezirks Philippsburg . . fl. 205. 1 kr. Von der Zuckerfabrik Waghäusel . . . „ 144. 59 „ | 350. | — |
| 30. „ | Vom Bezirksausschuß Karlsruhe 9. Ablieferung laut Tagblatt Nr. 30 . . . . . | 119. | 52 |
| „ „ | Vom Bezirksausschuß Säckingen aus 15 Gemeinden des Amtsbezirks . . . . . | 160. | — |
| | Summe . . | 5,721. | 29 |

wofür Quittung.

| | | |
|---|---|---|
| | Hiezu Einnahme laut unserer sechsten Veröffentlichung vom 23. Jan. 1864 . . . . . | 58,740. 57 |
| | Gesammteinnahme bis heute . . | 64,462. 26 |

Ausgabe.

| 1864 | | fl. | kr. |
|---|---|---|---|
| 30. Jan. | Sendung an den Centralausschuß für Schleswig-Holstein in Frankfurt a. M. mit der Bestimmung, dieselbe sofort zur Verfügung der Regierung des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein zu stellen . . . . . | 6,000. | — |
| | Hiezu Sendungen laut unserer sechsten Veröffentlichung vom 23. d. M. . . . . | 58,500. | — |
| | Gesammt-Ausgabe bis heute . . . | 64,500. | — |

II. Schleswig-holsteinische freiwillige unverzinsliche Anleihe.

Sechste Uebersicht des Kassenbestandes.

Einnahme.

| 1864 | | Thlr. | Sgr. |
|---|---|---|---|
| 30. Jan. | Laut unserer Veröffentlichung vom 23. d. M. . . | 12,000. | — |

Ausgabe.

Versendet wurden an:

| 1864. | | Thlr. | Sgr. |
|---|---|---|---|
| 24. Jan. | Bezirksausschuß Rheinbischofsheim . . . . . | 30. | — |
| 25. „ | „ Zell a. H. . . . . | 20. | — |
| „ „ | Hrn. Finanzrath Eisenlohr . . . . . | 20. | — |
| 26. „ | Bezirksausschuß Engen . . . . . | 5. | — |
| 27. „ | Hrn. Otto Stößer in Lahr . . . . . | 30. | — |
| 28. „ | Bezirksausschuß Adelsheim . . . . . | 70. | — |
| 29. „ | „ Oberkirch . . . . . | 65. | — |
| | zusammen . . | 240. | — |

welcher Betrag sofort an die Koburg-Gothaische Kreditgesellschaft in Koburg remittirt wurde.

| | | |
|---|---|---|
| | Hiezu Ausgabe laut unserer 5. Veröffentlichung vom 23. Jan. 1864 . . . . . | 3,760. — |
| | Gesammtausgabe bis heute . . . . | 4,000. — |

Diejenigen Bezirksausschüsse, welche noch Schuldscheine des freiwilligen Anlehens in Händen haben, werden um Abrechnung des Verkauften gebeten.

Schuldscheine des schleswig-holsteinischen freiwilligen Anlehens in Stücken à Thlr. 5, 10 und 50 können gegen baare Einsendung des Gegenwerthes bei Unterzeichnetem von Jedermann bezogen werden.

Karlsruhe, 30. Januar 1864.

Die Zentralkasse des bad. Landesausschusses für Schleswig-Holstein.

Ed. Koelle.

# Nachschrift.

## Telegramm.

△ **Paris,** 30. Jan. Dem „Moniteur" zufolge betragen die Anleihezeichnungen 219,321,536 Fr. Rente, darunter 21½ Mill. unreduzirbare Zeichnungen; die übrigen Zeichner erhalten 5½ Mill. Fr. Rente für hundert. Die Lage des Schatzes gestattet es, auf die Ratenvorauszahlungen zu verzichten.

## Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

| 29. Jan. | Barometer. | Thermometer. | Wind. | Himmel. | Witterung. |
|---|---|---|---|---|---|
| Morgens 7 Uhr | 27" 10,53''' | + 3,0 | S.W. | ganz bew. | trüb, regnerisch |
| Mittags 2 „ | 28" 0,97''' | + 3,5 | N.W. | „ „ | „ naß |
| Nachts 9 „ | „ 1,02''' | + 1,0 | N.O. | schw. „ | heiter, frisch |

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

## Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 31. Jan. 1. Quartal. 17. Abonnementsvorstellung. **Der Verschwender;** Zaubermährchen in 3 Akten, von F. Raimund; Musik von Conradin Kreutzer.

Dienstag 2. Febr. 1. Quartal. 18. Abonnementsvorstellung. **Liebe im Eckhause;** Lustspiel in 2 Akten, nach Calderon v. Cosmar. Hierauf zum ersten Mal: **Der Mann, der keine Zeit hat;** Lustspiel von Holberg; nach Oehlenschläger's Uebersetzung bearbeit zu 1 Akt von Ed. Devrient.

## Theater in Baden.

Mittwoch 3. Febr. **Alessandro Stradella;** romantische Oper in 3 Akten, von Flotow.

Z.d.735. Karlsruhe.

# Rheinischer Eisenbahn-Verband.

## Bekanntmachung.

Mit dem **1. Februar l. J.** werden für den direkten Güterverkehr im Rheinischen Eisenbahn-Verband — unter Aufhebung der betreffenden bisherigen Bestimmungen vom 1. September v. J. — ein neues Waarenverzeichniß und veränderte Frachtsätze für Güter des Spezialtarifs III, und zwar letztere für den Verkehr mit den königl. württembergischen Stationen zur Einführung gelangen.

Exemplare hievon sind bei den betreffenden Güterexpeditionen unentgeldlich zu haben.

Karlsruhe, den 27. Januar 1864.

Im Namen des Rheinischen Eisenbahn-Verbandes.
Die Direktion der großh. bad. Verkehrsanstalten.
Zimmer.

Spörin.

---

Z.d.651. In **Ferdinand Enke's** Verlag in **Erlangen** ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Lehrbuch der

## gewerblichen Chemie

**für den Unterricht an gewerblichen Fortbildungsschulen, Real- und Gewerbeschulen, technischen Lehranstalten, Realgymnasien, sowie für den Selbstunterricht**

von

**Dr. Fr. X. Schmidt,**

Vorstand der gewerblichen Fortbildungsschule in Ehingen a. D.

Erste Lieferung.

Mit vielen in den Text eingedruckten Holzschnitten. gr. 8. geh. Preis 1 fl. 30 kr.

Vorräthig in **A. Bielefeld's** Hofbuchhandlung in **Karlsruhe & Kehl.**

---

Z.d.648. Karlsruhe.

## Cirque Hinné

(auf dem Schloßplatz).
Jeden Abend

## Große Vorstellung.

(Neues Programm.)
Einl. 6 Uhr, Anf. 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

---

## Köchingesuch.

Z.d.769. Es wird für einen auswärtigen Gasthof eine perfekte, mit guten Zeugnissen versehene Köchin gesucht. Der Lohn mit 200 fl. per Jahr, bei gutem Verhalten eine weitere Aufbesserung, wird zugesagt. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

---

## Lehrlingsgesuch.

Z.d.665. Für ein Manufakturwaaren-Geschäft in einer größeren Stadt Badens wird ein Lehrling (Israelite) mit den nöthigen Vorkenntnissen gesucht.

Frankirte Offerten unter A. Z. besorgt die Expedition dieses Blattes.

---

**Gesucht,** eine Dampfmaschine von 8 — 10 Pferdekräften (ohne Kessel), wo möglich mit Condensation. Preisangabe 2c. besorgt die Expedition dieses Blattes. Z.d.669.

---

Z.c.928. Karlsruhe.

## Punsch-Sirope

von

**Johann Adam Röder**

in

**Düsseldorf—Cöln**

allseitig als den feinsten anerkannt, empfiehlt

**C. Arleth,** großh. Hoflieferant.

---

**Ausverkauf.** Z.d.737. Karlsruhe. In Folge Verkaufs meiner Behausung in der **Herrenstraße Nr. 26** beabsichtige ich einen **Ausverkauf aller meiner Vorräthe,** bestehend aus einem großen Lager von Spiegeln aller Größen, in Gold- und braunen Rahmen; eine große Parthie weiße und Goldleisten, verschiedene große und kleine Ovalrahmen; eine große Parthie Schwefelformen (nämlich Pariser, Brüsseler und Berliner), sowie verschiedenes Werkzeug; wozu ich die Kaufliebhaber freundlichst einlade.

Karlsruhe, den 28. Januar 1864.

**Adam Uhland,**
Vergolder.

---

Z.d.765. Nr. 242. Schaffhausen.

## Eisenbahnbau von Waldshut nach Konstanz.

Zufolge höherer Weisung beabsichtigen wir, alle Materialien und Geräthschaften der ehemaligen Eisenbahnbau-Inspektion Waldshut in öffentlicher Steigerung zu veräußern, und zwar

den 6. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr,
auf dem Bahnhofe Waldshut:
ca. 20 Pfund Messing,
„ 30 Zntr. Blockzink,
„ 5,5 Zntr. Stahl,
„ 600 Zntr. Eisen aller Art,
52 alte Bettstatten; verschiedene andere Gegenstände, sowie Baumaterialien und Brennholz;

Nachmittags 4 Uhr beim Fahrhaus:
eine Parthie Backsteine und Dachziegel.

Den 8. Februar d. J., Vormittags 9 Uhr,
auf der Station Erzingen:
25 Stück Schub-, Hand- und Pferdekarren, sowie Brennholz und ein Haufen alter Mauersteine;

Vormittags 11 Uhr auf Station Oberlauchringen:
eine Parthie Backsteine und Dachziegel, nebst Brennholz;

Nachmittags 3 Uhr auf Station Thiengen:
eine Parthie Backsteine und Dachziegel.

Die Bedingungen werden jeweils vor der Steigerung bekannt gemacht werden.

Schaffhausen, den 28. Januar 1864.

Großh. bad. Eisenbahnbau-Inspektion.
Rennwarth.

---

Zeitschriften für 1864 aus dem Verlag von Theobald Grieben in Berlin.

## Für Jedermann.

**Der Naturarzt.** Correspondenzblatt für Freunde naturgemäßer Heilmethoden. Redakteur: Dr. W. Meinert. 3. Jahrgang 1864. Vierteljährlich 54 kr., jährlich 3 fl. 36 kr. (40 Nummern; außerdem am Schlusse jedes Jahrganges gratis eine treffliche Abbildung aus den Einrichtungen des menschlichen Körpers, für 1864 die Verbindung von Mutter und Kind vor der Geburt.)

Auch in seinem 3. Jahrgange ist dieses Blatt hauptsächlich von dem Wunsche getragen, die deutschen Brüder und Schwestern mehr, als sie es bisher gewesen, auf dem Heilgebiete selbstbewußter und selbständiger zu machen und ihnen zu eigener Befähigung in Vorbeugung vor Krankheitsnoth, vor Körperschmerzen und Seelenweh, wie zur Linderung und Heilung schon eingetretener Zustände solcher Art zu verhelfen. Es sucht dies dadurch zu erreichen, daß es die Leser theils über die naturgesetzlichen Einrichtungen im Körperleben, bei gesunden wie bei kranken Tagen, belehrt, theils aber auch sie mit den Entdeckungen und Erfahrungen der sogenannten Naturheilkunde bekannt macht, also zeigt, wie die (Priesnitz'sche) Wasserheilmethode und die (Schroth'sche) diätetische Kur, wie die magnetische und electro-magnetische Heilmethode, die Heilgymnastik und überhaupt alle ohne Arznei und Blutentziehung verfahrende Heilweisen dem Körper das Gesundbleiben sowohl als das Wiedergesunden in Krankheiten ermöglichen. — Privatanfragen wegen besonderer Krankheitsfälle finden bei allgemeinerem Interesse und unter Einverständniß des Anfragenden in der „Kranken-Correspondenz" wie in Privatbriefen Beantwortung. Nichtärzte und Aerzte werden um die Mitarbeiterschaft angelegentlich ersucht, geeignete Beiträge anständig honorirt.

## Photographen.

**Photographisches Archiv.** Berichte über den Fortschritt der Photographie. Organ verschiedener Photographen-Vereine. Redacteure: Dr. J. Schnauss und P. E. Liesegang, Photographen. 5. Jahrgang 1864. Jährlich 24 Lieferungen. 5 fl. 24 kr.

Das Journal erscheint jetzt in grösserem Umfange und in 24 halbmonatlichen Heften, um schnellere Verbreitung des überreichen Stoffes und möglichst ausführliche Mittheilung alles Neuen zu erzielen. Die bekannte Tendenz ist Fortschritt der Photographie in jeder Beziehung: Mittheilung von Original-Artikeln über alle Fächer des photographischen Wissens, eingehende Prüfung alles im In- und Auslande von den Pionieren der Wissenschaft Empfohlenen, Bekämpfung des Charlatanismus und der Geheimnisskrämerei, Sprechsaal für Mittheilungen und Anfragen aller Art etc. Die Redaction steht in freundschaftlichen Beziehungen zu fast allen Coryphäen der photographischen Kunst und Wissenschaft des In- und Auslandes und zählt einen grossen Kreis talentvoller Männer zu ihren Mitarbeitern.

## Färber u. Drucker.

**Deutsche Muster-Zeitung für Färberei, Druckerei, Bleicherei, Appretur,** Darstellung verwandter chemischer und technischer Erzeugnisse. Mit natürlichen Stoffmustern und Maschinenzeichnungen. Redakteur: R. Engels, Färber. 13. Jahrgang 1864. Jährlich 12 Lieferungen. 7 fl. 12 kr.

Die außerordentlichen Fortschritte, welche sich in neuerer Zeit in der Färberei und Druckerei geltend gemacht und eine vollständige Umwälzung dieser Gewerbszweige in Aussicht stellen, machen die Muster-Zeitung für jeden Fachgenossen, der mit der Zeit Schritt halten und nicht rückwärts gehen will, unentbehrlich. Der eben begonnene 13. Jahrgang und die mit jedem Jahr gesteigerte Abonnentenzahl sind Bürge für den praktischen Werth des Journals. Z.d.770.

Bestellungen nimmt entgegen die **A. Geßner'sche Buchhandlung in Karlsruhe.**

---

Z.d.402. Karlsruhe.

## Wichtig für Magen- und Hämorrhoidalbeschwerden.

¼ Flasche 1 fl. 15 kr.
½ „ — „ 42 „

¼ Flasche 24 kr., Packung für auswärts billigst.

## Dr. Andrejewsky's aromat. Kräuterbranntwein,

**das bis jetzt bewährteste Linderungsmittel.**

Zu haben in **Karlsruhe** bei **W. Grimm,** Langestraße Nr. 19 und 33,
in **Mannheim Jakob Uhl,** in **Pforzheim F. Meule,**
in **Baden S. Stricker,** in **Gernsbach C. Drißler Sohn.**

---

Z.d.381. König, im Großherzogthum Hessen.

## Gutsverpachtung.

Mittwoch den 24. Februar d. J., Mittags 12 Uhr, soll das Gräflich Erbach-Schönbergische, unmittelbar an der Chaussee von Weinheim nach Fürth und Waldmichelbach, etwa 2½ Stunden von Weinheim an der Bergstraße gelegene Hofgut zu Großbreitenbach, eine Gutshofraithe, 230 Morgen 135 Klafter Ackerfeld und 37 Morgen 39 Klafter Wiesen enthaltend, von Michaeli 1864 auf 18 Jahre, und zwar im Rettigschen Wirthshaus zu Schönberg bei Bensheim an der Bergstraße, öffentlich verpachtet werden. Die Pachtbedingungen liegen bei dem Gräflichen Rentamt zu Schönberg und bei der Gräflichen Rentkammer zu König im Odenwald offen. Wegen Besichtigung des Guts wollen sich die Pachtliebhaber an Schreinermeister Keil zu Großbreitenbach wenden.

König, den 4. Januar 1864.

Gräflich Erbach-Schönbergische Rentkammer.
Weyprecht.

---

Z.d.760. Nr. 43. Urloffen.

## Holländereichen- u. Nutzholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Urloffen läßt am
Donnerstag den 11. Februar d. J.,
Morgens 10 Uhr,
im diesjährigen Hiebschlag, Holchen, 25 Stück zu Boden liegende Holländereichen, 66 starke Eschenstämme, 6 Hagenbuchen, 3 Weißtuschen, 3 Birken, 8 eichene Klötze, welche sich zu Rübentrögen eignen, 16 Schiffsrangen, um baare Bezahlung vor der Abfuhr am Platze versteigern.

Urloffen, den 29. Januar 1864.

Das Bürgermeisteramt.
Laible.
vdt. Langeneckert, Rathsschr.

---

Z.d.768. Altlußheim, Amts Schwetzingen.

## Holzversteigerung.

Samstag den 6. Februar d. J.,
früh 10 Uhr,
werden von der Hdlgenossenschaft aus ihrem Eigenthumswalde
42 forlene und 18 eichene } Bau- und Nutzholzstämme
freiwillig zu Eigenthum versteigert. Man versammelt sich auf der Hiebstelle gegen Waghäusel.

Altlußheim, den 29. Januar 1864.

Bürgermeisteramt.
Schwesinger.
vdt. Ritter.

---

Z.d.763. Pforzheim. (Holzversteigerung.) Aus den diesseitigen Domänenwaldungen werden in dem Distrikte III. 10. Kienlesrain bis

Samstag den 6. Februar 1864

60 Stämme Nadelholz, Bauholz, 93 Stück Nadelholz, Bauholzstangen, 5 Stück Nadelholzklötze, 175 Gerüststangen, 4425 Stück Hopfenstangen, 3525 Stück Baumstickel und Bohnenstecken, 11 Stück eichene und 4 Stück hainbuchene Wagnerstangen versteigert.

Die Zusammenkunft findet Morgens 9 Uhr an dem Schlage auf der Wurmberger Straße ohnweit der Hoheitsgrenze statt.

Pforzheim, den 29. Januar 1864.

Großh. bad. Bezirksforstei.
v. Dawans.

---

Z.c.490. R.Nr. 480. Mannheim. (Mundtodterklärung.) Der Soldat im 4. Infanterieregiment Prinz Wilhelm, Rupert Schwaninger von Zeuthern, Oberamts Bruchsal, wird im ersten Grade für mundtodt erklärt und demselben Franz Stengel von dort als Beistand beigegeben, ohne dessen Beiwirkung er kein in L.R.S. 513 genanntes Rechtsgeschäft giltig vornehmen kann.

Mannheim, den 23. Januar 1864.

Das Kommando des großh. bad. IV. Infanterie-Regiments Prinz Wilhelm.
Der Regiments-Kommandant:
Delorme, Oberst.

---

Z.c.491. Nr. 799. Konstanz. (Fahndung.) Am 19. d. M. wurde in einem hiesigen Gasthause ein sog. Berliner von schwarzem Wachstuche mit zwei neuen hellen Riemen und einem grünwollenen Tragband, sammt nachstehendem Inhalt entwendet: 1) Eine braune Tuchweste mit braunen, in der Mitte weißen Beinknöpfen; 2) eine braune Tuchweste mit rothen Blumen und rothen Glasknöpfen; 3) ein Paar noch gut erhaltene Stiefel; 4) ein flächsenes Hemd, mit G. C. B. roth gezeichnet; 5) ein wollener, schon getragener Unterwamms; 6) eine brauntuchene Deckelkappe mit braunem, außen mit Leder besetztem Tuchschild, und 7) eine blaue Steinhauerschürze mit blauen Bändeln. Der Verdacht dieser Entwendung ruht auf einem Handwerksburschen, der Steinhauer sein und im Alter von etwa 20 Jahren stehen soll, 5' 4—5" groß ist, dunkle Haare, braune Gesichtsfarbe hat, schwarzen Tuchrock, schwarze Hosen und einen schwarzen steifen Filzhut trägt. Derselbe soll nach Augsburg visirt haben und am fragl. Tage Morgens halb 7 Uhr mit dem Dampfboot hier abgereist sein. Es wird um Fahndung auf den Thäter und das Entwendete gebeten.

Konstanz, den 20. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Stein.

---

Z.c.487. Nr. 1869. Pforzheim. (Aufforderung und Fahndung.) Einem auch sonst des Diebstahls verdächtigen Menschen wurde nachbezeichnete Uhr mit Kette abgenommen, über deren Erwerb sich derselbe nicht auszuweisen vermag.

Die Uhr ist eine kleine goldene Spindeluhr mit stark gewölbtem Glas, auf der Rückseite guillochirt, mit einem runden Plättchen in der Mitte. Dieselbe hat ein Zifferblatt von Platina, schwarze römische Zahlen und goldene Zeiger.

An der Uhr befindet sich eine fast noch neue, kurze, goldene Kette von massiven, hohlgezogenen Bellières, nach beiden Enden verlaufend, nebst goldenem Schlüssel mit gefaßtem Carneol und Carabiner.

Es wird um Fahndung gebeten und der unbekannte Eigenthümer aufgefordert, sich dahier zu melden.

Pforzheim, den 27. Januar 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Gerstner.

---

Z.d.488. Nr. 974. Offenburg. (Aufforderung und Fahndung.) Ullrich Hansmann von Schutterwald, Soldat im großh. III. Infanterieregiment, dessen Signalement wir anschließen, hat sich unter Umständen von Hause entfernt, die auf Desertion schließen lassen. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 4 Wochen dahier oder bei seinem Kommando zu stellen, und sich über seine Entweichung zu verantworten, als er sonst in die auf Desertion gesetzte Vermögensstrafe verfällt und des Staats- und Ortsbürgerrechts verlustig erklärt würde.

Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt. Wir ersuchen sämmtliche Behörden, auf Ullrich Hansmann zu fahnden und ihn im Betretungsfalle uns abliefern zu lassen.

Signalement.

Alter, 26½ Jahre.
Größe, 5' 4".
Statur, besetzt.
Gesichtsform, rund.
Gesichtsfarbe, gesund.
Haare, schwarz.
Stirne, mittel.
Augenbrauen, braun.
Augen, grau.
Nase, dick.
Mund, mittel.
Bart, keinen.
Kinn, rund.
Zähne, gut.

Offenburg, den 25. Januar 1864.

Großh. bad. Oberamt.
Montfort.

---

Z.c.489. Rastatt. (Aufforderung.) Der unten signalisirte, in Großurlaub entlassene, mit einem Reisepaß in die deutschen Bundesstaaten versehene Füsilier Johann Jakob Schneeberger von Sulzburg, großh. Amtsgerichts Müllheim, dessen Aufenthalt (wegen Unterlassung der Anzeige seiner letzten Ortsveränderung) diesseits unbekannt ist, wird in Folge der ergangenen Einberufungsorde aufgefordert, innerhalb 14 Tagen bei Strafvermeiden sich vor dem unterzeichneten Kommando zu stellen.

Signalement: Größe, 5' 5"; Statur, schlank; Gesichtsform, länglich; Gesichtsfarbe, gesund; Haare, blond; Stirne, breit; Augenbrauen, braun; Augen, grau; Nase, gewöhnlich; Mund, klein; Bart, keinen; Kinn, spitz; Zähne, gut. Besondere Kennzeichen, keine.

Rastatt, den 29. Januar 1864.

Der Kommandant des großh. 1. Füsilier-Bataillons.
Bayer, Oberstlieut.

---

**Frankfurt, 29. Jan. 1863. — Staatspapiere.**

| | | per compt. | | | per compt. |
|---|---|---|---|---|---|
| Oesterr. | 5% Met. i. S. b. R. | — — | G.-Hess. | 5% Obligation. | 102½ P. |
| „ | 5% do. in holl. St. | — — | „ | 4% dto. | 99¾ P. |
| „ | 5% do. 1852 in Lst. | 76½ P. | „ | 3½% dto. | 94¼ bG. |
| „ | 5% do. 1859 „ „ | 76⅝ P. | Nassau | 5% Oblig. b. Rth. | 101½ G. |
| „ | 5% Lomb. i. S. b. R. | 90⅞ G. | „ | 4½% dto. | 101⅛ P. |
| „ | 5% Venet. C. b. R. 6/7 | 77½ P. | „ | 4% dto. | 99⅛ P. |
| „ | 5% Nat.-Anl. 1854 | 63⅝ b. | „ | 3½% dto. | 92¼ G. |
| „ | 5% Met.-Obligat. | 56 G. | Brschw. | 3½% O. b. R. à 105 | 91¾ G. |
| „ | 5% do. 1852 C. b. R. | 56¼ G. | Lrbg. | 4% O. Fr. à 28 fr. b. C. | 90⅝ P. |
| „ | 4½% Met.-Oblig. | 49¾ b. G. | Frankf. | 3½% Obligation. | 98⅛ P. |
| Preuß. | 5% Oblig. b. Rth. | — — | „ | 3% dto. | — — |
| „ | 4½% do. | 99¾ P. | Rußl. | 5% Obl. in L. à fl. 12 | 85⅝ P. |
| „ | 4% do. | 95½ P. | Finnl. | 4½% Obl. i. R. à 105 | 84¾ P. |
| „ | 3½% Staatssch. | 87¾ P. | Span. | 3% inl. Schuld | 50⅜ P. |
| Bayern | 4½% 1jährig. | 101¼ P. | „ | 2% Schuld | 45½ bG. |
| „ | 4½% ½jährig | 101⅝ P. | Belgien | 4½% O. i. Fr. à 28 kr. | 99⅞ P. |
| „ | 4% 1jährig | 99½ P. | Italien | 5% Rente Fr. à 28. | — — |
| „ | 4% ½jährig | 99½ P. | Schwd. | 4½% Obligation. | 94⅝ P. |
| „ | 4% Ablös.-Rente | 99¼ G. | „ | 4½% Pfbf. b. B. & E. | 95 b. |
| „ | 3½% | 97 G. | Schwz. | 4½% E. O. Fr. à 28 k. | 100½ P. |
| Wrthg. | 4½% Obl. b. Rth. | 104¼ G. | „ | 4½% Bern. St.-O. | 102 P. |
| „ | 4% dto. | 100¾ P. | „ | 4% dto. | — — |
| „ | 3½% dto. | 94¼ P. | „ | 5% Gf. St. O. Fr. 28 | 97¼ P. |
| Baden | 4% Obligation. | 99⅞ b. | N.-Am. | 6% St. i. D. à fl. 2. 30 | — — |
| „ | 3½% dto. v. 1842 | 93 P. | „ | 5% do. 1871 u. 74 | — — |

**Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.**

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 3% Frankfurter Bank | 133¾ P. | 3% Oest. St.-Eisenb.-Prior. | 49 G. |
| 5% Oesterr. Bank-Aktien | 736 G. | 3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB | 50½ P. |
| 3% „ Cred. A. i. O. W. | 170½ bG | 5% Elisabethbahn-Prior. 6/7 | 76⅝ P. |
| 4% Bayr. Bank à fl. 500 | — — | 5% do. neueste Emiss. 6/7 | 71⅛ P. |
| 3% Darmst. B.-A. à fl. 250 | 211 G. | 5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R 6/7 | — — |
| 4% Weimar. Bank-Aktien | 86½ G. | 4½% Hess. Ldwgeb.-Prior. | 100¾ G. |
| 4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th. | 90½ G. | 4% Oest. Ab. 1. Pr.-O. i. Silb. | 75¼ P. |
| 4% Luxemb. Bank-Aktien | 107 P. | 5% „ „ 2. „ „ | — — |
| Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28 | — — | 4½% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl. | — — |
| Taunusbahn-Akt. à fl. 250 | 320 G. | 4% „ „ „ „ | 97¾ G. |
| 3½% Frankf. Han. Esnb.-A. | — — | 4½% Rhein-Naheb. Pr. O. | 97½ G. |
| 5% Oesterr. Staats-Esnb.-A. | — — | 4½% Frkft.-Han. Prior. O. | — — |
| 5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6 | — — | 5% Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28 | — — |
| Rhein-Nahe-Bahn | 24⅜ P. | 4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz. | 250 G. |
| 4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn | 136⅜ P. | Span. Cr. b. Pereire 70% „ | — — |
| 4½% Pf. Mar-Esb.-A. b. R. | 102⅞ P. | 4½% Bayer. Ostb. 30% „ | 107½ P. |
| 4½% Bayer. Ostbahn-Aktien | 107¾ P. | 3% Deutsch. Phönix 20% „ | 156 P. |
| 4% Hess. Ludwigsbahn | 121⅞ b. | 4% Frkf. Provident. 10% „ | 92½ P. |
| Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt. | — — | Frkf. Hypothekenb. 25% „ | — — |

**Anlehens-Loose.**

| | |
|---|---|
| Oest. 250 fl. b. R 1839 | 113 G. |
| „ 250 „ „ 1854 | 72¾ P. |
| „ 100 „ Pr. L. 1858 | 126⅜ P. |
| „ 500 „ v. 1860 6/7 | 75 b. |
| 3½% Preuß. Pr. A. | — — |
| Schwed. Rthlr. 10 L. | 9¾ P. |
| Bad. 50-fl.-Loose | 112¼ P. |
| „ 35- „ „ | 53 P. |
| Kurh. 40 Thl. L. b. R. | 53⅜ P. |
| Gr. Hess. 50 fl. L. b. R. | 132½ P. |
| „ 25 „ „ „ | 39 P. |
| Nass. 25-fl.-L. b. R. | 38½ P. |
| Sard. 36 Fr. L. b. B. | 58½ P. |
| Mail. 45 Fr. L. b. R. | 33 P. |
| 3% L. A. d. St. Brüss. | 95¼ P. |
| 2½ Lütt. Pr. O. b. G. | 34 P. |
| 3% Bordeaux 100 Fr | 86½ G. |
| Ansb.-Gunzenh. L. | 12 P. |

**Wechsel-Kurse.**

| | | |
|---|---|---|
| Amsterdam | L. S. | 99⅜ G. |
| Antwerpen | „ | 93 G. |
| Augsb. 24 fl. 100 | „ | 99⅞ B. |
| Berlin | „ | 104⅞ G. |
| Bremen | „ | 96⅜ B. |
| Brüssel | „ | 93 G. |
| Cöln | „ | 105⅛ B. |
| Hamburg | „ | 88⅜ G. |
| Leipzig | „ | 104¾ G. |
| London | „ | 117½ G. |
| Mailand. i. Fr. 200 | „ | 92⅞ B. |
| München | „ | 99⅞ B. |
| Paris | „ | 93 G. |
| Wien | „ | 95⅜ G. |
| Disconto . . . . . | | 4½% G. |

**Gold und Silber.**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Pistolen | fl. | 9 38 | -39 |
| Preuß. Frd'or. | „ | 9 55½ | -56½ |
| Holl. fl. 10 St. | „ | 9 44½ | -45½ |
| Rand-Ducat. | „ | 5 32 | -33 |
| 20-Frankenst. | „ | 9 18½ | -19½ |
| Engl. Sover. | „ | 11 40 | -44 |
| Gold pr. Zpfd. | „ | 803 | -8 |
| Hh. Silb. p. Zpfd. | „ | 52 6 | -36 |
| Preuß. Cassch. | „ | 1 44⅞ | -45⅛ |
| Doll. in Gold | „ | 2 25 | -26 |

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.